

## **Anlage 4 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 02.02.2006**

### **Stellungnahme der UWG-Fraktion zum Haushalt 2006**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Wiesmann, sehr geehrter Herr Haßenkamp, meine Damen und Herren!

„Tempora mutantur et nos mutamur in eis.“ Herr Landrat, diesen Satz aus Ihrer Neujahrsrede im Vennehof möchte ich gern an den Anfang meiner Ausführungen stellen. „Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns mit ihnen.“

Gab es in den vergangenen Jahren immer das gleiche Ritual des über mehrere Runden gehenden Kampfes Bürgermeister gegen Landrat und Kreistag mit den unterschiedlichsten Ergebnissen, so ist in diesem Jahr Ruhe an der Kommunalfront. Schon fast beunruhigend ruhig.

Die Zeiten ändern sich. Zeichnete der Kämmerer in den letzten Jahren oft ein Horrorszenario für die Finanzen des Kreises, so bleibt er in diesem Jahr gemäßigt und geradezu optimistisch trotz der erstmaligen Pensionsrückstellungen im doppelten Haushalt und mancher drastisch steigenden Mehrbelastung im Sozialbudget.

Es muss wohl an Berlin oder Düsseldorf liegen. Optimismus auf allen Ebenen. Ich zitiere: „Nordrhein-Westfalen wird ein Land der neuen Chancen. – Wir wollen NRW als ein weltoffenes, soziales, sicheres und lebenswertes Land. – NRW kommt wieder, dessen bin ich mir ganz sicher.“ Zitate aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Und darauf, Herr Landrat, bauen Sie wohl, wenn Sie die frische Luft und den frischen Wind aus Berlin und Düsseldorf anmahnen. Ich habe aber Sorge, dass wir uns dabei erkälten werden. Denn so manche Äußerungen und erste Gesetzesvorhaben aus Düsseldorf lassen wenig Frühlingsgedanken aufkommen, ich nenne beispielhaft nur die angedachten Kürzungen im ÖPNV und bei den Zuwendungen zur Jugendhilfe.

Einen ähnlichen Optimismus strahlten auch die Worte und Zahlen Herrn Haßenkamps in seiner Rede aus: Sie hofften auf entsprechend hohe Schlüsselzuweisungen vom Land und auf die 5 % Steigerung bei den Umlagegrundlagen. Die erste Korrektur nach unten mussten Sie aber im Kreisausschuss bereits mitteilen. Ändern sich die Zeiten wirklich? Warten wir es ab, in Kürze wissen wir sicher mehr.

#### **Zum NKF:**

Der Kreistag hat im letzten Jahr der Einführung des NKF zugestimmt. Nachdem wir jetzt in unserer Fraktion den Haushaltsplanentwurf intensiv durchgearbeitet haben, kann ich für die UWG sagen: Wir stehen zu der Entscheidung. Wir sehen deutliche Vorteile in diesem Verfahren, aber noch nicht in der konkreten Ausführung.

Die Vorteile:

1. Klarer als vielleicht bisher gibt die Politik durch die angegebenen Ziele, die in den Fachausschüssen zuvor erarbeitet worden sind oder noch werden sollen, und den damit verbundenen Kennzahlen vor, welche Aufgaben die Verwaltung zu leisten hat und mit welchen finanziellen Mitteln sie diese Aufgabe bewältigen muss.
2. In den Fachausschüssen und, soweit erforderlich, im Kreisausschuss und Kreistag kann der Prozess – analog den bisherigen Controllingberichten – von der Politik kritisch begleitet werden.
3. Einen für unsere Fraktion wichtigen Vorteil erkennen wir besonders in der intergenerativen Gerechtigkeit. Sie wissen, dass unsere Fraktion in der

Vergangenheit immer wieder gerade bei Kreditaufnahmen gewarnt hat, dass wir nicht auf Kosten der künftigen Generationen leben dürfen.

Nun aber zur Ausführung:

In den vergangenen Jahren wurde der ausführliche und übersichtliche Aufbau des Haushaltsplanes des Kreises immer wieder sehr positiv aufgenommen. Was uns vor allem gefiel, waren die genauen Erläuterungen. Aber gerade diese haben uns in diesem Jahr sehr gefehlt. Zwar gibt es nun keine traditionellen Haushaltsstellen mehr, aber so mancher erläuternde Hinweis wäre möglich und auch wohl nötig gewesen. So blieb uns in den Beratungen oft nur der intensive Blick in den Haushalt 2005, um festzustellen oder nur zu erahnen, was sich hinter den jeweiligen Zahlen verbergen könnte.

Herr Haßenkamp, Sie kennen sicher den Haushaltsplan des Kreises Gütersloh. Da dieser von der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister im Kreis Borken in anderem Zusammenhang erwähnt worden war, haben wir ihn einmal genauer angeschaut. In diesem Haushaltsplan finden sich alle die Erläuterungen, die uns schmerzlich fehlten im Entwurf für den Kreis Borken. Ich halte es für unabdingbar, dass wir die gewohnten Erläuterungen im nächsten Jahr wieder bekommen, weil wir sie für eine rechte Einschätzung der Vorschläge der Verwaltung dringend gebrauchen.

Und ein zweites: Von zentraler Bedeutung ist, ob der Kreis über seine Verhältnisse lebt. Im alten kameralen System wäre das sehr schnell erkennbar gewesen. Diese Möglichkeit haben wir im NKF noch nicht. Dazu braucht es dringend die Eröffnungsbilanz, die uns von Herrn Haßenkamp für die erste Hälfte des Jahres 2006 versprochen worden ist und auf die wir entsprechend drängen müssen.

**Meine Damen und Herren, die den Fraktionen vorgegebene Zeit erlaubt es mir nicht, auf viele Details bei den Budgets einzugehen. Darum beschränke ich mich auf die von unserer Fraktion als besonders wichtig eingestuften Punkte.**

Budget 01

Meine Damen und Herren, ich muss hier nicht auf die Bedeutung dieses Budgets hinweisen, betrifft es einmal Menschen, die als schwache Glieder unserer Gesellschaft auf verschiedene Arten von Hilfe durch die öffentliche Hand angewiesen sind, und wegen der hohen, noch immer steigenden finanziellen Belastung für den Kreis. Die Kennzahlen z.B. bei der Grundsicherung für ältere Menschen sprechen eine beredte Sprache.

Angesichts der demographischen Entwicklung hat der Kreis schon sehr früh das Projekt „Leben im Alter neu denken“ auf den Weg gebracht. Erste Vorschläge liegen bereits vor und zeigen gute Ansätze, der Situation der älteren Menschen gemäße Wege zu beschreiten und zugleich die Finanzierbarkeit zu gewährleisten. Unsere Fraktion hält dies Projekt für sehr bedeutsam.

Wir hoffen darauf, dass es vergleichbar dem präventiven Ansatz im Familien- und Jugendhilfereich langfristig die ambulanten Versorgungsangebote stärkt zum Wohle der betroffenen Menschen und dem Kreis zur Dämpfung des Anstiegs der Heimkosten dient.

Wie aber will der Kreis umgehen mit der weiteren Planung von Altenheimen, obwohl keine Wartelisten existieren und trotzdem von 2005 bis 2007 über 360 Plätze neu eingerichtet werden? Herr Haßenkamp hat mit Recht auf die Besorgnis erregende Entwicklung verwiesen und bittet die Kommunen des Kreises um entsprechende Einflussnahme bei den Planungen vor Ort. Das ist aus Kostengründen gut gemeint. Aber geht das so einfach? Bestimmt nicht auch hier der Markt das Geschehen? Die

demographische Entwicklung im Kreis einerseits, das Pestel-Gutachten rechnet mit 2900 Pflegeplätzen bis 2020, aber auch die Attraktivität des Kreises andererseits, für die wir im Leitbild ja werben, fordern geradezu die Bautätigkeit heraus. Hier kann es m.E. wirklich nur so gehen, dass das eingeleitete Projekt „Leben im Alter neu denken“ bald umgesetzt und erfolgreich sein wird.

Eine kritische Anmerkung zu Ihren Ausführungen zur Grundsicherung im Alter sei noch hinzugefügt: Glauben Sie wirklich, Herr Haßenkamp, dass demnächst eine Generation von Senioren da sein wird, die über höhere Renteneinkünfte verfügt, dass die Grundsicherung im Alter nicht mehr so drastisch steigt? Ihre prognostizierten Transferleistungen in diesem Produkt sprechen da eine andere Sprache.

Eine weitere gravierende Größe in diesem Budget ist die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Selten hat es im Kreis und seinen Kommunen anfänglich eine solche Verunsicherung gegeben wie bei Hartz IV zum Jahresbeginn 2005. Ein Gesetz, das über Nacht umgesetzt werden musste ohne die fundamentalsten Informationen darüber, was auf den Kreis und seine Kommunen zukommen würde. So haben wir es erlebt, dass im Laufe des Jahres die Zahl der Empfänger von Hartz IV kontinuierlich stieg, ein immer größerer Betrag zur Verfügung gestellt werden musste und deshalb den Rahmen des Budgets gewaltig sprengte. Es muss heute die Frage erlaubt sein: Hätte der Übergang von der Arbeitsagentur auf den Kreis nicht schneller und reibungsloser verlaufen müssen als es geschehen ist, und hier denke ich besonders an die Arbeitsagentur.

Trotzdem meint unsere Fraktion, der Kreis hat sich richtig entschieden hat, das Optionsmodell zu wählen. Die kommunale Trägerschaft ist der richtige Weg. Die Erfolge sprechen eine beredte Sprache.

Wenn der Kreis in diesem Jahr noch am Herforder Modell festhält, ist das aus Transparenzgründen sicher vernünftig. Insofern ist aber die Höhe der allgemeinen Kreisumlage ein Tüchlein fürs Auge, denn es verdeckt die Tatsache, dass unsere Kommunen in ihrer Umlage mit 1,2 % für dies Budget mehr belastet werden.

Erlauben Sie mir hier einen kleinen Diskurs, der sich aber hier anbietet. M.D.u.H. die Süddeutsche Zeitung schrieb am vergangenen Wochenende: (Zitat) „Die deutsche Wirtschaft hat in dieser Woche ihre Auferstehung gefeiert. Firmen beurteilen ihre Geschäftsaussichten so gut wie seit 1994 nicht mehr. Sie schreibt aber auch: (Zitat) „Damit ist bestenfalls der halbe Weg zur Genesung der Volkswirtschaft absolviert, solange große Teile der Bevölkerung von dem Aufschwung nicht profitieren, weil sie arbeits- und chancenlos sind.“ (Zitatende) Inzwischen sind wir so weit, dass offen von einem Ende der Arbeitsgesellschaft gesprochen wird, wie Reinhard Höppner es tut in seinem Buch „Arbeit aus, alles aus“.

Darum begrüßt es unsere Fraktion ausdrücklich, wenn der Landrat in seiner Haushaltsrede einen großen Teil dem Thema „Heimische Wirtschaft aktiv fördern“ gewidmet hat. Kommunen und Kreis können wohl kaum eigene Arbeitsplätze schaffen, um die heimische Wirtschaft zu fördern, wohl aber die Rahmenbedingungen dazu herstellen. Erst wenn die Zahl der Arbeitslosen zurückgeht und mehr Lehrstellen vorhanden sind, ist der eingangs erwähnte Optimismus wieder angesagt. Ob dieser allerdings jeweils wieder berechtigt ist, wage ich vor den neuesten Zahlen aus Nürnberg zu bezweifeln.

Herr Landrat, dass aber der Ausbau des Flugplatzes in Stadtlohn-Vreden das Highlight der heimischer Wirtschaftsförderung werden könnte, ziehen wir bekanntermaßen nicht erst seit gestern in Zweifel. Es gibt genug kritische Stellungnahmen von Fachleuten zu der Vielzahl von Flugplätzen, Fernsehsendungen stellen Gutachten vor, die eine klare Sprache sprechen. Ich fürchte, dass der

Flugplatz uns in den kommenden Jahren noch manchen Kopfschmerz bereiten wird. Und dann werden die Kühlbrillen, die Sie Herr Landrat dem Kreistag im Dezember überreichen ließen, nicht mehr ausreichen.

### **Budget 02:**

Meine Damen und Herren!

Im Jugend- und Familienhilfebudget wurde für 2006 erreicht, eine Senkung des Hebesatzes vorzuschlagen, ohne dass bei einzelnen Aufgaben gekürzt werden musste. Im Gegenteil: Hier sind sogar noch Aufgaben hinzugekommen, wenn ich auf die Schulsozialarbeit verweisen darf. Es zahlt sich aus im wahrsten Sinne des Wortes, dass hier präventiv gearbeitet wurde, frühzeitig Ziele formuliert wurden und für bestimmte Zeiträume festgeschrieben wurden. Besonders wertvoll erscheint uns dabei die Dezentralisierung der Arbeit. All dies ist aber nicht nur zum Vorteil der öffentlichen Finanzen, es dient in erster Linie den Familien und Jugendlichen, die die verschiedenen Angebote in Anspruch nehmen.

Es beunruhigt uns jedoch schon, wenn die neue Landesregierung den Zuschuss für die Jugendhilfe in diesem Jahr wieder begrenzen will. Wir finden die Idee des NRW-Landesjugendringes passend, dass er den Landtagsabgeordneten der CDU und der FDP ein Taschentuch mit einem dicken Knoten überreichen will als symbolischen Protest gegen die Vergesslichkeit. Sie hatten sich noch im Herbst 2003 fürsch mit an die Spitze der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ gestellt. Die Jugendverbände fühlen sich jetzt zu Recht gelinkt.

Und noch eine Anmerkung zum Budget 02:

Es sind in den letzten Jahren viele neue Initiativen auf den Weg gebracht worden, lobenswerte und zeitnahe Ansätze, Elternbriefe, Elterncoaching und anderes. Aber wie bei vielen anderen Programmen ist es auch hier so, dass sie nicht überall ankommen und angenommen werden, wie die Initiatoren es sich wünschten.

Könnten hier nicht unsere Bildungseinrichtungen, also unsere Kindergärten und Schulen, noch mehr als bisher als Multiplikatoren tätig werden? Dazu müsste vielleicht auch hier im Haus die Kooperation ein gutes Stück verbessert werden.

### **Zum Bildungsgutachten im Budget 05:**

Dieselbe Anregung, dieses Mal nur in umgekehrter Richtung, bezieht sich auf das Bildungsgutachten, für das heute im Rahmen des Budget 05 zu entscheiden ist. Der Kreis möchte dies auf den Weg geben und dabei in einem Workshop auch Vertreter der Schulen und andere Bildungsexperten beteiligen. Das findet unsere volle Unterstützung. Der Anlass ist bekannt. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass wir hier auch das Jugendamt mit einbeziehen. Wir alle wissen, und die meisten unter uns sicher nicht erst seit den PISA-Studien, dass die Bildung unserer jungen Menschen oft ganz eng verzahnt ist mit der häuslichen Situation. Die Schulsozialarbeit, die wir nach den guten Erfahrungen in Isselburg jetzt auf den Weg bringen, macht dies ja bereits deutlich. Die Weichen für eine gute Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen werden aber schon im Kindergarten- und Grundschulalter gestellt. Darum halten wir die Einbeziehung des Jugendamtes für sehr bedeutsam.

### **Zum Budget 07**

Meine Damen und Herren,

was empfinden wir eigentlich, wenn wir erfahren, dass der Kreis im abgelaufenen Jahr nicht weniger als 2,7 Mio. € an Buß- und Verwargeldern für falsches Verhalten im Straßenverkehr festgesetzt hat, übrigens noch mehr als er im Haushaltsplan 2005 vermutet hatte. Nehmen wir das eher zum Besten der Kreisfinanzen positiv auf oder

sehen wir dahinter mehr die zunehmende Gefährdung der Verkehrssicherheit? Wir alle wissen, was die Statistik dazu aussagt. Herr Dr. Paßlick, es stimmt, wenn Sie im Ausschuss gesagt haben: „Die Summe liegt so hoch, weil auch dementsprechend viel kontrolliert wurde.- Weniger Kontrollen bringen auch weniger Bußgelder.“

Offensichtlich aber mögen wir das Geld der Verkehrssünder ganz gerne. Denn schauen Sie einmal auf die Ziele der Teilprodukte in diesem Budget. Da heißt es nur: (Zitat)“Herstellen und Erhalten der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs-Hebung der Verkehrssicherheit. - Ahndung der angezeigten Verstöße - (Im Klammern: Was ist eigentlich mit der Leichtigkeit des Verkehrs gemeint?)

Vergleichen Sie diese vagen Ziele mit der Vielzahl von Zielangaben, wo es für die Kreiskasse weh tut? Ähnliches lässt dies Produkt sehr vermissen. Das hat, wie es in Süddeutschland heißt, ein gewisse Gschmäcke. Die Bußgelder sind uns doch offensichtlich sehr wichtig für den Haushalt. Wir begrüßen es deshalb, wenn der Ausschuss sich im Laufe dieses Jahres mit diesem Thema beschäftigen wird.

### **Zum Stellenplan**

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass unsere Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder auf eine kritische Betrachtung des Personalbestandes hier im Haus hingewirkt hat. Und der Wegfall von netto 47 Stellen seit 2002 findet unsere volle Anerkennung. Dass für neue Aufgaben neue Stellen geschaffen wurden, sei es für Hartz IV, die Schulsozialarbeit oder im Fachbereich Jugend und Familie ist die Konsequenz von Kreistagsbeschlüssen und neuen gesetzlichen Verpflichtungen.

Eng damit verknüpft ist selbstverständlich ein Bürokratieabbau. Seit vielen Jahren wird er immer wieder in Sonntagsreden und in Wahlkämpfen gefordert. In der Regierungserklärung von Ministerpräsident Rüttgers findet sich dies Thema erneut wieder. Wenn Herr Rüttgers Wort hält, ja ich möchte fast schon sagen, wenn er gegen die Behördeninteressen und -lobbies überhaupt Wort halten kann, wird eine Verwaltungsreform auch für unseren Kreis zum Vorteil sein.

Einen Satz aus Herrn Rüttgers Regierungserklärung möchte ich Ihnen, Herr Landrat, besonders ans Herz legen, der Ihnen schon heute einen Weg aufzeigt, eine sparsamere Personalpolitik zu betreiben. (Zitat) „Wir lösen die Probleme des Landes nicht durch immer mehr ... Erlasse. Wir lösen sie, indem wir den Menschen wieder ...Selbstbestimmung zumuten.“ (Zitatende)

Dazu ein Beispiel: Im Rat der Gemeinde Schöppingen hatten wir vor einigen Wochen über die Erweiterung eines Bebauungsplanes für einen Bauwilligen zu befinden. Allein die Untere Landschaftsbehörde hier im Haus verfügte dazu 23 Einzelvorschriften. Daraus nur zwei Aussagen als Beispiele:

Die erste: „Die im oben genannten Lageplan dargestellte Platane nördlich des neuen Gebäudes ist als zu erhaltender Baum in Text und Plan festzusetzen. Der Kronentraufbereich ist von der Bebauung freizuhalten.“

Und die zweite: „Für gegebenenfalls notwendige externe Ersatzaufforstungen wird eine Erstaufforstungsgenehmigung erforderlich, die noch vor Rechtskraft des Bebauungsplanes beantragt werden sollte.“

Herr Landrat, machen Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Mut, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Freiheiten einzugestehen. Beherzigen Sie für Ihr Haus, was auf dem Landkreistag so formuliert wurde: „Ein Staat, der alles an sich zieht und auf allen Feldern regelt, ist ein schwacher Staat...Ein Staat, der alles regelt und kontrolliert, misstraut den Menschen.“ (Zitatende) Und ein bisschen Staat ist unser Kreis schließlich auch. Das wäre eine schon heute gegebene Chance, Personal sozialverträglich einzusparen.

### **Schlussbemerkungen:**

Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion hat sich in diesem Jahr sehr schwer getan mit der Entscheidung für oder gegen den Haushaltsentwurf.

Wir anerkennen die Bemühungen des Kreises, seinen gesetzlich vorgegebenen Aufgaben möglichst optimal gerecht zu werden. Wir unterstützen sein Engagement, in den besonders kostenträchtigen Budgets nach Wegen der Gegensteuerung zu suchen, etwa im Projekt „Leben im Alter neu denken“ oder in den Initiativen für Familie und Jugend. Wir haben die Zusage der Verwaltung, für den Haushaltsplan 2007 in allen Teilbereichen Kennzahlen aufzubereiten, was uns ein besonderes Anliegen bei unseren Anträgen war. Unsere Fraktion sieht die mittelfristigen Ziele und Maßnahmen, die dem Plan beigefügt wurden, insgesamt richtig gesetzt.

Darin findet sich leider auch der Ausbau des Flugplatzes. Sie wissen, wir lehnen ihn weiterhin ab, und ich habe im Kreisausschuss darauf hingewiesen, dass wir dies Ziel nicht unterstützen werden. Darum war für uns die Frage zu beantworten: Lehnen wir aus diesem Grund den gesamten Haushalt ab, der ansonsten in seiner Konzeption u.E. richtig aufgestellt ist?

Gerne hätten wir uns dem Antrag der SPD auf Senkung der Kreisumlage angeschlossen, aber die Finanzierung setzt ein Kippen der Beschlüsse zum Flugplatzausbau voraus. Glaubt denn aber jemand hier im Haus ernsthaft, dass eine entsprechende Entscheidung zu erwarten ist? Wir werden wohl mit diesen Beschlüssen leben müssen.

Zur Höhe der Kreisumlage noch ein zweiter Aspekt: Ich erwähnte es bereits eingangs. Die Bürgermeister sind mit der Höhe der Kreisumlage einverstanden und stimmen der Senkung der Jugendamtsumlage zu. Ein Zähneknirschen ist aus dem Schreiben nicht herauszulesen. Wann hat es das zum letzten Mal gegeben? Im letzten Jahr wurden da noch andere Auseinandersetzungen geführt, die bis zu den irrwitzigen Entscheidungen führten, die stationäre Altenhilfe und die Grundsicherung im Alter um 1 Mio. € zu kürzen, nur um mit den Bürgermeistern den Burgfrieden wieder einigermaßen zu sichern. Nichts dergleichen in diesem Jahr. Darum unsere Aussage dazu: Über das, was nicht beantragt wurde, muss auch nicht entschieden werden.

In Konsequenz all dieser Überlegungen wird die UWG-Fraktion dem Haushaltsplan in diesem Jahr zustimmen.